



Detailansicht des Registereintrags

CLAIM gGmbH

Aktuell seit 22.06.2026 10:43:05

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R005956
Ersteintrag:	09.05.2023
Letzte Änderung:	22.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	22.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Friedrichstraße 206 10969 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49288745677 E-Mail-Adressen: info@claim-organisation.de Webseiten: www.claim-organisation.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Rima Hanano**

Funktion: Co-Geschäftsführung CLAIM gGmbH

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):**1. Rima Hanano****Mitgliedschaften (1):**

1. neue deutschen organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (23):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU; Diversitätspolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Religion /Weltanschauung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Extremismusbekämpfung; Opferschutz; Integration; Migration

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

CLAIM schafft effektive Strukturen für fachlichen Austausch in Deutschland und Europa und unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen und Projekte, die dafür notwendigen Kompetenzen weiter auszubauen. CLAIM setzt sich in allen gesellschaftlichen Bereichen für Gleichstellung und Partizipation ein. Durch Kommunikationsformate und Veranstaltungen schafft CLAIM bundesweite Sichtbarkeit für antimuslimische und rassistische Tendenzen und deren Auswirkungen. Durch wissenschaftliche Impulse und Kurzanalysen fördert CLAIM die evidenzbasierte Forschung zu antimuslimischem Rassismus in Deutschland und Europa und setzt wissenschaftliche und praxisbezogene Impulse. CLAIM arbeitet zudem daran, die zivilgesellschaftliche Datenerfassung zu antimuslimischen Rassismus durch einheitliche Standards bundesweit zu verbessern und Fälle von Übergriffen und Diskriminierungen sichtbar zu machen.

Die Arbeitsschwerpunkte von CLAIM lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Monitoring zu antimuslimischem Rassismus: Verbesserung der Datenlage zu antimuslimisch motivierten Übergriffen und Diskriminierungen,
- Nationale und internationale Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Themenfeld Islam- und Muslimfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus aktiv sind,
- Schaffung effektiver Strukturen für fachlichen Austausch und Kooperation in Deutschland und Europa,
- Sensibilisierung verschiedener Zielgruppen zu Islam- und Muslimfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus und den Auswirkungen,

- Stärkung der Position von Betroffenen und von Akteur*innen der Zivilgesellschaft im Themenfeld,
- Schaffung wissenschaftlicher und praxisbezogener Impulse durch Publikationen, Konferenzen und thematische Arbeitsgruppen.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Beschreibung:

Seit Jahren weisen Verbände, Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen der antidiskriminierungsrechtlichen Praxis auf bestehende Schutzlücken des bestehenden Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie Schwierigkeiten für Betroffene bei der Rechtsdurchsetzung hin und fordern eine Novellierung des Gesetzes. Konkrete Empfehlungen und Vorschläge für die Reformierung des AGGs wurden vielfach formuliert. Ein aus 100 Organisationen bestehendes zivilgesellschaftliche Bündnis erarbeitete eine umfassende Ergänzungsliste zur AGG Novellierung und legte in einer gemeinsamen Stellungnahme „Mehr Fortschritt wagen heißt auch mehr Antidiskriminierung wagen!“ zentrale Änderungen für die Stärkung des AGG vor.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/1332 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Hochschulbildung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260233 (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (7):

1. **Bundesministerium für Bildung, Familie, Soziales, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) im Rahmen des Programms "Demokratie leben!"**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 620.001 bis 630.000 Euro

Als Partner im Kooperationsverbund gegen Rassismus bündelt CLAIM zusammen mit sechs weiteren Trägern die fachliche Expertise zu phänomenspezifischen Rassismen (antimuslimischer, Anti-Schwarzer und Anti-Asiatischer Rassismus) und phänomenübergreifenden Diskriminierungsformen. Durch diese verschiedenen Perspektiven wird der Verbund gegen Rassismus zu einer Interessenvertretung für Menschen mit Rassismuserfahrungen, die sensibilisiert, Debatten versachlicht und ein Netzwerk für Qualifizierung, Forschung und Bildung aufbaut sowie Expertise für Bildung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft aufbereitet zur Verfügung stellt.

Schwerpunktthemen von CLAIM sind u. a. Sensibilisierung und Wissenstransfer zum Themenfeld antimuslimischer Rassismus, Kommunikationsmaßnahmen zur Sensibilisierung verschiedener Zielgruppen, Vernetzung und Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Themenfeld sowie Monitoring und Aggregation von Fallzahlen zu antimuslimischem Rassismus.

2. **Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Das Verbundprojekt „Von Betroffenen zu Akteur*innen - Stärkung von Community-basierten Antirassismus-/ Antidiskriminierungsberatungsstrukturen (CbB)“ hat das übergeordnete

Ziel, durch die bundesweite Implementierung einer community-basierten und phänomenübergreifenden Antirassismus-Beratung und Dokumentation die Handlungsfähigkeit von Rassismus-Betroffenen, die Sichtbarkeit von Community-basierten Organisationen (CbO) als Expert*innen zu Rassismus-Beratung und Dokumentation zu erhöhen und eine breite Wirksamkeit zu entfalten.

Das Projekt besteht aus drei Hauptkomponenten: 1) Koordinierung, Kommunikation und Partizipation zur Bestands- und Bedarfserfassung für Beratung und Dokumentation von Melde- und Beratungsfällen, 2) Qualifizierungsmodule für Beratung für CbO werden konzipiert und angeboten, 3) Qualifizierungsmodule für phänomenspezifische Standards für die Dokumentation und Erfassung von Melde- und Beratungsfällen werden konzipiert und angeboten.

3. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Das Projekt "Gemeinsam gegen antimuslimischen Rassismus - Empowerment, Fortbildung und Vernetzung für die Praxis" zielt auf die Sensibilisierung zu antimuslimischen Rassismus für verschiedene Zielgruppen ab. Die Maßnahmen und Zielgruppen lassen sich in den folgenden drei Säulen zusammenfassen: 1) Adressierung von Politik und Verwaltung /Behörden: Entwicklung und Umsetzung einer modularen Fortbildung zur Sensibilisierung von Mitarbeiter*innen aus Verwaltung und Behörden im Themenfeld antimuslimischer Rassismus, 2) Adressierung von Betroffenen: Sensibilisierungs- und Informationsmaßnahmen zu antimuslimischem Rassismus für Betroffene auf Landes- und kommunaler Ebene mit Einbindung von community-basierten Multiplikator*innen und Beratungsstrukturen, 3) Vernetzung zentraler Akteur*innen und Stärkung relevanter Schnittstellen: Förderung eines praxisorientierten Austauschs zwischen Beratungsstrukturen, community-basierten Multiplikator*innen sowie Verwaltung/Behörden.

4. Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) / Deutsche Islam Konferenz (DIK)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 370.001 bis 380.000 Euro

Das Projekt zielt auf den Aufbau und die Weiterentwicklung eines bundesweiten Monitorings von antimuslimischem Rassismus ab. Es beinhaltet drei zentrale Projektbausteine:

1) Etablieren eines aktiven Monitorings auf Bundesebene, im Rahmen dessen eine routinemäßige, permanente und systematische Sammlung von vergleichbaren Daten zu antimuslimischen Vorfällen erfolgt, 2) Entwicklung und Implementierung einer Länderstruktur zur Erfassung und Dokumentation von antimuslimischem Rassismus auf Länderebene, 3) Stärkung der Schnittstelle zwischen Bundesstruktur und Länderstruktur (en): Stärkung der Zusammenarbeit im Themenfeld Monitoring zwischen Bundes- und Länderebene sowie Vernetzung zentraler Akteur*innen durch Angebote in den Bereichen Analyse, Qualifizierung und Beratung.

5. **Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Berlin / Beauftragte des Senats für Integration und Migration**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berlin

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Das Projekt "Antimuslimischen Rassismus erkennen - Kompetent handeln - Betroffene stärken." verfolgt das Oberziel (muslimische) Selbstorganisationen und Migrant*innenselbstorganisationen (MSOs) als Erst- und Verweisberatungsstelle für antimuslimische Diskriminierungen und Übergriffe (oberhalb und unterhalb der Strafbarkeit) zu qualifizieren. Das Projekt zielt auf eine Professionalisierung von Akteuren ab, die in unterschiedlichen Beratungskontexten bspw. als Flüchtlingsberatung Anlaufstellen für Betroffene von antimuslimischem Rassismus darstellen. Durch Qualifizierungsmaßnahmen, die für eine Erstberatungsstelle qualifizieren, werden diese in die Lage versetzt, Betroffene in ihren Rechten zu stärken. Des Weiteren kennen sie sich in der Beratungslandschaft aus und kooperieren mit Fachberatungsstellen (Antidiskriminierungs- und Opferberatungsstellen) wenn der Bedarf für eine Verweisberatung besteht.

6. **Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA)**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berlin

Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro

Das Projekt "Report Berlin - Melde- und Dokumentationsstelle antimuslimischer Rassismus Berlin" zielt auf das Monitoring antimuslimischen Rassismus für das Land Berlin ab. Es beinhaltet folgende drei zentrale Projektbausteine: 1) Monitoring von antimuslimischen Vorfällen in Berlin: Aufbau und Umsetzung eines Community-basierten Monitorings zur systematischen Erfassung, Dokumentation und Analyse antimuslimischer Übergriffe oberhalb und unterhalb der Strafbarkeit sowie von Diskriminierungen in Berlin, 2) Adressierung von Betroffenen (Outreach): Sensibilisierungs- und Informationsmaßnahmen für Multiplikator*innen muslimischer und muslimisch gelesener Communities zu antimuslimischem Rassismus sowie zu Melde- und Beschwerdemöglichkeiten, 3) Vernetzung zentraler Akteur*innen und Stärkung relevanter Schnittstellen: Stärkung der Schnittstellen und des Austauschs zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Melde-/Beschwerde- und Beratungsstrukturen.

7. **European Education and Culture Executive Agency**

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

The project RADAR aims to combat hate speech and hate crimes — with a particular focus on anti-Muslim hatred — by bringing together civil counselling organizations, multipliers, and experts across Europe. The project pursues three core goals: improving data collection through uniform standards and a shared technical infrastructure, building capacity via tailored training courses on hate crime recording and documentation, and fostering multi-stakeholder cooperation between civil society, authorities, and political actors. Expected outcomes include reduced underreporting of hate crimes, greater victim empowerment,

increased awareness of relevant EU and national legislation, and strengthened local and national action against anti-Muslim hatred.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 07/24 bis 12/24

[20251208_JA-2024_Bundesanzeiger.pdf](#)